

„Strukturreformen“ und Lohnkürzungen in Griechenland: Erwartungen, Ergebnisse und Folgen

1. Einleitung	104
2. „Innere Abwertung“: Problemdiagnose und Maßnahmenkatalog	105
3. „Strukturreformen“ in Griechenland: Was heißt das wirklich?	109
4. Hat Griechenland „seine Reformhausaufgaben nicht erledigt“?	110
5. Was waren die Auswirkungen der „inneren Abwertung“?	111
6. Die falsche neoklassische Beschäftigungsdiagnose am Beispiel Griechenland	113
7. Bedeutung der Löhne für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage	114
8. Schlussfolgerungen	117

*Philipp
Heimberger*

*PhD-Student der
Volkswirtschafts-
lehre an der WU
Wien; wissenschaft-
licher Mitarbeiter
am Institut für die
Gesamtanalyse der
Wirtschaft an der
Johannes Kepler
Universität Linz*

Auszug aus WISO 3/2015

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Einleitung

*Untersuchung
der theoretischen
Annahmen und
Erwartungen der
Kürzungspolitik
in Griechenland*

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind geeignet, um der wirtschaftlichen Krise Griechenlands entgegenzuwirken, und welche Maßnahmen haben sich in den letzten Jahren als kontraproduktiv herausgestellt? Das sind die Fragen, welche diesem Artikel zugrunde liegen. Erstens werden die Erwartungen und theoretischen Annahmen auf den Prüfstein gestellt, die dem von der Troika – bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds – in Griechenland forcierten wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalog zugrunde liegen. Dieser besteht im Kern aus fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen – Staatsausgabenkürzungen und Steuererhöhungen mit dem Ziel der Reduktion von Budgetdefiziten und Staatsschulden – und „Strukturreformen“, die Lohnsenkungen erleichtern sollen. Während sich bereits mehrere wissenschaftliche Publikationen mit den Effekten fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen auf die griechische Wirtschaft beschäftigt haben (z.B. Gechert, Rannenber, 2015), standen die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des europäischen lohnpolitischen Interventionismus bislang deutlich weniger im wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsfokus. Dieser Artikel leistet einen Beitrag zur Untersuchung des Zusammenhangs von „Strukturreformen“ nach dem Verständnis der Troika und der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands seit 2010.

*Maßnahmen-Ka-
talog aus politi-
schen Sondie-
rungsmaßnah-
men und „Struk-
turenreformen“, die
Ratensenkungen
erleichtern*

Zu erwähnen ist jedoch, dass ein Mix aus fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen und Lohnsenkungspolitik in den letzten Jahren nicht nur in Griechenland, sondern etwa auch in Ländern wie Portugal, Irland und Spanien zum Einsatz gekommen ist (z.B. Müller, Schulten, 2013; Heimberger, 2014). In Griechenland hatten die Kürzungsmaßnahmen jedoch mit Abstand das schärfste Ausmaß, wie dieser Artikel noch anhand der relevanten Daten zeigen wird. Deshalb entzündet sich am Fall Griechenlands auch am heftigsten die Debatte über die erwarteten und tatsächlichen Effekte der vorherrschenden Krisenpolitik. Die theoretischen Annahmen, die den Kürzungsmaßnahmen zugrunde liegen, bilden zudem die ökonomische Rechtfertigungsgrundlage für eine Fortsetzung der von der Troika präferierten Wirtschaftspolitik der Budgetkonsolidierung und „Strukturreformen“; sie werden deshalb in diesem Beitrag mit der empirischen Evidenz

bezüglich der Erfahrungen mit diesen Maßnahmen in den Jahren 2010-2014 konfrontiert.

2. „Innere Abwertung“: Problemdiagnose und Maßnahmenkatalog

Die Diagnose, die der Krisenpolitik der Troika seit Jahren zugrunde liegt, ist im Kern denkbar simpel: In den Jahren vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 seien die Löhne und Preise in den Peripherieländern der Eurozone – insbesondere in Griechenland, aber auch in Portugal, Spanien, Irland und Italien – zu stark gestiegen. Der damit einhergehende Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zeige sich darin, dass die Lohnstückkosten in den Vorkrisenjahren zu stark gewachsen seien, das heißt dadurch, dass die Löhne stärker angestiegen waren als die Arbeitsproduktivität; und dies habe in der Eurozonenperipherie auch zu übermäßiger Inflation geführt. Die Folge kontinuierlicher Verluste in der Wettbewerbsfähigkeit seien hohe Leistungsbilanzdefizite, die sich ab 2010 als Ursache bzw. Katalysator der Eurokrise herausstellten, nachdem die Finanzkrise den Zugang der betroffenen Länder (allen voran Griechenland) zu den Finanzmärkten abgeschnitten und damit eine fortgesetzte Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite unmöglich gemacht hatte (z.B. Europäische Kommission, 2012a; Trichet, 2011). So vereinfachend wie diese dominante Krisenerzählung ist auch die von der Troika abgeleitete wirtschaftspolitische Schlussfolgerung: Die Korrektur von makroökonomischen Ungleichgewichten in der Eurozone, welche sich aus der Sicht der Gläubiger-Institutionen in einer schwachen Wettbewerbsposition der Eurozonenperipherie und hohen Leistungsbilanzdefiziten manifestierten, müsse durch die Reduktion von Lohnstückkosten vonstatten gehen, was Lohnsenkungen erforderlich mache (z.B. Feigl, Zuckerstätter, 2012).

Diagnose der Troika: Löhne und Preise zu hoch

Lohnsenkungen seien zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nötig

Die dargestellte Krisenerzählung, welche die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in Griechenland und anderen Peripherieländern zum ursächlichen Problem der Ungleichgewichte und Instabilitäten in der Eurozone abstempelt, ist jedoch völlig einseitig. Erstens kehrt sie die Rolle Deutschlands unter den Teppich, dessen Arbeitsmarktpolitik („Hartz IV“) in den Vorkrisenjahren zu starker Lohnzurückhaltung führte, was wiederum die Akkumulation von

*dominante
Krisenerzählung
ist völlig einseitig
und nicht haltbar*

hohen Leistungsbilanzüberschüssen nach sich zog und damit maßgeblich zur Entstehung der systemischen Ungleichgewichte in der Eurozone beitrug (z.B. Stockhammer, 2011). Zweitens vernachlässigt die dominante Krisenerzählung, dass FinanzmarktakteurInnen aus den sogenannten Kernländern der Eurozone – darunter Überschussländer wie Deutschland – die Leistungsbilanzdefizite in der Eurozonenperipherie in großem Ausmaß finanzierten (Hobza, Zeugner, 2014), wodurch die Kreditgeber ebenfalls zur Entstehung von Leistungsbilanzungleichgewichten sowie zum drastischen Anstieg der Verschuldung in Griechenland, Spanien, Irland etc. in den Jahren vor der Finanzkrise beitrugen. Drittens ist es nur sehr eingeschränkt sinnvoll, das Konzept der „Wettbewerbsfähigkeit“ von konkurrierenden Unternehmen auf die Ebene „konkurrierender Volkswirtschaften“ umzulegen; denn die Vernachlässigung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge bringt die Gefahr falscher wirtschaftspolitischer Schlussfolgerungen mit sich (z.B. Krugman, 1994). Viertens vernachlässigt der Tunnelblick auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit in Griechenland und anderen Eurozonenländern, dass die Eurokrise kein ausschließlich griechenlandspezifisches Problem ist. Es handelt sich vielmehr um eine systemische Krise, die durch die politischen, institutionellen und sozialen Konflikte, die aus dem Umgang mit den Problemen Griechenlands erwachsen, in besonderem Maße angefacht wird. Die Darstellung, dass die seit Jahren zu beobachtenden Instabilitäten der Eurozone schlicht auf eine zu laxen Budgetpolitik und Verluste in der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder zurückzuführen seien, ist fehlgeleitet. Die Bruchlinien liegen tiefer und haben insbesondere mit einer fehlerhaften institutionellen Architektur zu tun: Die Eurozone ist eine Währungsunion mit gemeinsamer Geldpolitik, jedoch keine politische Union mit gemeinsamer Budgetpolitik, was erhebliche Anfälligkeiten gegenüber Finanzierungskrisen einzelner Länder mit sich bringt (DeGrauwe, 2012). Die institutionellen Gestaltungsfehler des Euro begünstigten seit 2010 eine krisenverschärfende Wirtschaftspolitik in Griechenland und anderen Ländern der Eurozonenperipherie (DeGrauwe, Ji, 2013). Vor dem Hintergrund dieser Einwände ist auch die wirtschaftspolitische Schlussfolgerung nicht haltbar, dass es zur Lösung der Probleme in der Eurozone lediglich einer Reduktion der Staatsausgaben und der Durchsetzung von Lohnkürzungen in den Krisenländern bedürfe. Denn zum einen müssten nicht nur Defizitländer wie Griechenland,

sondern auch Überschussländer wie Deutschland zum Abbau bestehender Ungleichgewichte beitragen – insbesondere durch höhere Lohnabschlüsse, um so dem Auseinanderlaufen in den Lohnstückkosten und in den Leistungsbilanzsalden entgegenzuwirken (z.B. Flassbeck, 2015). Zum anderen bedürfte es tief greifender institutioneller Reformen im Hinblick auf die Errichtung einer Fiskalunion (z.B. Marzinotto et al., 2011), die auch im Sinne einer Demokratisierung der europäischen Institutionen stehen sollten (Habermas, 2014).

Doch trotz der genannten Einwände ist die Diagnose, dass die Probleme der Eurozone im Kern auf die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit von Griechenland und einigen anderen Ländern zurückzuführen seien, weiterhin die Rechtfertigungsgrundlage für die vorherrschende europäische Krisenpolitik. Welchen Lösungsweg zur Bewältigung der Eurokrise gibt die Troika also seit Jahren in Griechenland und anderen Peripherieländern vor? Und auf welchen Erwartungen beruht der zugrunde liegende wirtschaftspolitische Maßnahmenkatalog? In diesem Zusammenhang sprechen ÖkonomInnen von der Strategie einer „inneren Abwertung“. Diese verfolgt das Ziel, in Krisenländern wie Griechenland Lohnsenkungen durchzusetzen, um so die Lohnstückkosten zu reduzieren, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, und über die Exportseite einen Wachstumsschub zu erzielen (Europäische Kommission, 2011a). Im Normalfall würde ein Land, das danach trachtet, seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, eine Währungsabwertung vornehmen, die auf einen Schlag alle relativen Preise ändert und die Exporte verbilligt. In einem standardmäßigen Anpassungsprogramm, wie es der IWF vor der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits in vielen Nicht-Eurozonenländern umgesetzt hat, würde man sich von der Wechselkurspolitik und der Geldpolitik der Zentralbank erwarten, dass die Erreichung der durch das Anpassungsprogramm vorgegebenen Zielsetzungen durch eine Währungsabwertung und andere expansive geldpolitische Maßnahmen unterstützt wird (Sapir et al., 2014). Für ein Eurozonenland wie Griechenland ist jedoch eine Währungsabwertung nicht möglich, weil die Wechselkurse fixiert sind; und die griechische Zentralbank kann keine Geldpolitik machen, die auf die besonderen Erfordernisse der eigenen Volkswirtschaft abgestimmt ist, weil die EZB für die Geldpolitik des gesamten Euroraumes verantwortlich zeichnet.

*„innere
Abwertung“
von Löhnen
und Preisen*

*Löhne werden
in erster Linie
als Kostenfaktor
betrachtet*

Vor diesem Hintergrund legte die Troika den Fokus in den mit Griechenland ausverhandelten offiziellen Anpassungsprogrammen auf das gezielte Ausüben von Abwärtsdruck auf Löhne und Preise, um auf diesem Weg die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.¹ Die Troika erwartet sich davon positive angebotsseitige Effekte auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Lohnkürzungen sollen sinkende Lohnkosten für die Unternehmen bringen und die Produktion verbilligen; indem die Wettbewerbsfähigkeit steige, werde das Wachstum angekurbelt, getragen durch eine Zunahme der Exporte von Gütern und Dienstleistungen. Die zugrunde liegende Denkweise ist stark durch die neoklassische Produktionstheorie geprägt, welche die Löhne hauptsächlich als Kostenfaktor für Unternehmen betrachtet: Sinkende Löhne reduzieren den Preis von Gütern und erhöhen die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit. Es wird davon ausgegangen, dass die vorteilhaften Wachstumseffekte, die auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zurückgehen, die negativen Auswirkungen der sinkenden Löhne auf Konsumausgaben und Binnennachfrage überwiegen. Zudem liegt Publikationen der Europäischen Kommission die Annahme von positiven Erwartungseffekten der Kürzungsmaßnahmen zugrunde: Die Wirtschaftsakteure würden aufgrund von „glaubwürdigen Anpassungsmaßnahmen“ eine niedrigere zukünftige Steuerlast und bessere Wachstumsaussichten antizipieren, weshalb erwartet wird, dass die Wirtschaft – unter der Annahme von relativ flexiblen Löhnen und Preisen – schnell wieder zu Vollbeschäftigung zurückkehren könne, nachdem die innere Abwertung durchgesetzt wurde (Vogel, 2012).

*Erwartung positiver
Wachstums-
und Beschäfti-
gungseffekte von
Lohnsenkungen*

Doch auf welche Maßnahmen setzt die Gläubigerseite seit 2010 in Griechenland zur Erreichung der Ziele, die sich auf eine Reduktion der Lohnstückkosten, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und eine Ankurbelung der Exporte beziehen? Weder EU-BürokratInnen noch PolitikerInnen auf Ebene der Nationalstaaten können das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau nach ihren Wünschen einfach festlegen. Die Strategie der inneren Abwertung basiert deshalb zu einem Großteil auf Maßnahmen mit indirekten Wirkungskanälen. Die Vorgaben der Troika verlangten in Griechenland Kürzungen von Mindestlöhnen, Arbeitslosenunterstützung und anderen Sozialausgaben, um den Abwärtsdruck auf die Löhne zu verstärken. Lohnkürzungen im öffentlichen

Sektor sollten Signalcharakter für Lohnverhandlungen im privaten Sektor entwickeln. Zwischen den von der Troika eingeforderten Budgetkonsolidierungsmaßnahmen bei den Staatsausgaben und der Durchsetzung der inneren Anpassung von Löhnen und Preisen besteht zudem ein wichtiger Zusammenhang: Löhne im öffentlichen Sektor machen einen erheblichen Teil der Staatsausgaben aus; auch die Kürzung von Sozialausgaben wie Arbeitslosenunterstützung und Pensionszahlungen ist ausgabenwirksam und unterstützt demnach die Budgetkonsolidierungsvorgaben (Europäische Kommission, 2011b).

„Strukturreformen“ der Arbeitsmärkte, welche die Lohnverhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen schwächen – etwa durch die Dezentralisierung von Lohnverhandlungen, das heißt die Schwächung der Gewerkschaften –, verfolgen ebenfalls das Ziel, den Lohnabwärtsdruck zu verstärken; das Ziel des Abbaus von sogenannten „Arbeitsmarktrigiditäten“ besteht darin, Lohnkürzungen zu vereinfachen: „Labour market reforms will spur job creation and increase wage flexibility.“ (Europäische Kommission, 2011b: 14)

„Strukturreformen“ zur Schwächung der Lohnverhandlungsposition der ArbeitnehmerInnenseite

3. „Strukturreformen“ in Griechenland: Was heißt das wirklich?

Das Missverständnis besteht darin, dass in der Regel angenommen wird, bei den Forderungen nach „Strukturreformen“ gehe es um Modernisierung und Reformierung im öffentlichen Sektor – mit dem Ziel, den Staat unter der Maßgabe des effizienten Einsatzes von Steuergeldern auf die Anforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft anzupassen. Im Widerspruch dazu besteht das Ziel jedoch in erster Linie darin, einen Maßnahmenkatalog durchzusetzen, der eine Deregulierung der Arbeits- und Produktmärkte, die Kürzung von Sozialausgaben (z.B. Mindestlöhnen und Arbeitslosenunterstützung) und den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten beinhaltet (Hermann, 2015). Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht beruht dieser „Reformmix“ auf einer angebotsseitigen Modellwelt, in der Maßnahmen, welche die Produktionskosten der Unternehmen nach unten drücken – und diesbezüglich sind die Löhne als größter Kostenfaktor von besonderer Relevanz – als vorteilhaft gelten, weil sie die Rahmenbedingungen für die Unternehmen derart

angebotsseitige Modellwelt: Was die Produktionskosten der Unternehmen senkt, sei gut für die Beschäftigung

verbessern, dass Wachstum und Beschäftigung steigen (Varga, in't Veld, 2014; Canton et al., 2015).

Die europäische Wirtschaftspolitik verfolgt im Namen der Troika in Griechenland ebenso wie in anderen Krisenländern eine Politik der Lohnsenkungen; denn sie geht davon aus, dass die Ursachen von niedrigem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit primär in „strukturellen Rigiditäten“ liegen. Die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme werden auf der Angebots-, nicht auf der Nachfrageseite verortet; die Lösung könne nur in einer „Verschlan-
kung des Sozialstaats“ und in Arbeitsmarktmaßnahmen liegen, die es Unternehmen einfacher machen, MitarbeiterInnen anzustellen und zu entlassen. „Strukturreform“ kommt in der öffentlichen Darstellung als scheinbar sachlicher und ideologiefreier Begriff daher; ein Großteil der Medien setzt sich nicht kritisch mit dem vorherrschenden Reformbegriff auseinander. Im Sprachgebrauch der wirtschaftspolitischen Empfehlungsindustrie hat „Strukturreform“ jedoch eine klare ideologische Schlagseite zugunsten der Kürzung von ArbeitnehmerInnenrechten und Sozialausgaben.

*Begriff „Struk-
turereform“ hat
ideologische
Schlagseite*

4. Hat Griechenland „seine Reformhausaufgaben nicht erledigt“?

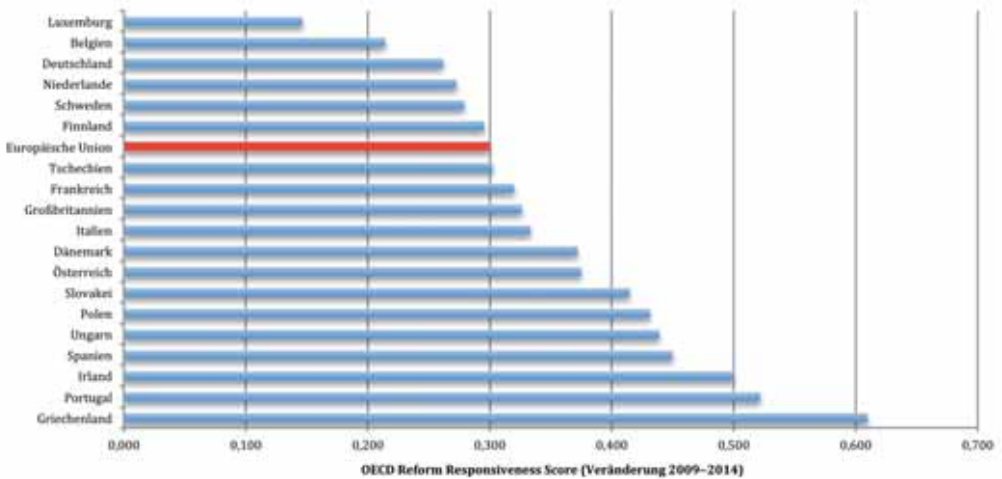
BefürworterInnen von harten Spar- und „Strukturreform“-Maßnahmen argumentieren, die Menschen in Griechenland hätten die Konsequenzen der Krise selbst zu verantworten. Denn Griechenland habe in den letzten Jahren die Umsetzung von „Reformen“ verschleppt; hätte man diese glaubwürdig und durchhaltevermögend umgesetzt, würde sich die griechische Volkswirtschaft weiterhin „auf dem richtigen Weg“ befinden (Schäuble, 2015). Darum müsse die griechische Regierung nun endlich ihre „Reformhausaufgaben“ erledigen. Doch hält diese Darstellung der empirischen Evidenz stand?

Abbildung 1 zeigt einen Indikator für „Reformfreudigkeit“ verschiedener EU-Länder zwischen 2009 und 2014. Die OECD-Daten geben für jedes Land den Anteil an den gesamten OECD-Politikempfehlungen zur Erzielung höheren Wirtschaftswachstums an, denen das jeweilige Land gefolgt ist (OECD, 2015). Griechenland unternahm im betrachteten Zeitraum mit Abstand die größten Reformanstrengungen und setzte damit – gefolgt von anderen Krisenländern wie Portugal, Irland

und Spanien – am vorbildlichsten die gängigen Reformvorgaben durch. Die Behauptung, die griechische Krise könne auf eine mangelhafte Umsetzung von „Strukturreformen“ zurückgeführt werden, hält einer empirischen Überprüfung nicht stand.

OECD-Daten zeigen: Griechenland war besonders reformfreudig

Abbildung 1: Index zu „Reformfreudigkeit“ von EU-Ländern (2009–2014)



Daten: OECD, 2015

5. Was waren die Auswirkungen der „inneren Abwertung“?

Welche Auswirkungen hatte das Forcieren einer inneren Abwertung seit 2010 auf die Entwicklung der Löhne? Die Nominallöhne im öffentlichen Sektor (nicht preisbereinigt) sanken in Griechenland zwischen 2010, dem Jahr des ersten Anpassungsprogrammes, und 2013 um 18,6%; im Vergleich dazu verzeichnete Spanien Nominallohnsenkungen im öffentlichen Sektor von 3,9% und Portugal in der Höhe von 4,4%.² Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene fielen in Griechenland zwischen 2010 und 2014 die Nominallöhne pro ArbeitnehmerIn um 14,7%; in Portugal betrug das Minus 0,6%, in Spanien gab es ein Plus von 2,8%.³ Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Lohnkürzungspolitik in Griechenland mit großem Abstand am radikalsten durchgesetzt wurde. Der Lohnabwärtsdruck war bereits im Kontext der „Memorandums of Understanding“, die in den jeweiligen Anpassungsprogrammen nachzulesen sind (Europäische Kommission, 2010; Europäische Kommission, 2012b), als

Lohnkürzungspolitik war in Griechenland mit Abstand am radikalsten

Ziel festgeschrieben worden. Der europäische lohnpolitische Interventionismus bezog sich darauf, dass die griechische Politik eine Dezentralisierung von Tarifverhandlungen, strengere Kriterien für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, das Kürzen bzw. Einfrieren von Mindestlöhnen, Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor, Lohnstopps im privaten Sektor etc. durchzusetzen hatte (vgl. Müller, Schulten, 2013: 299).

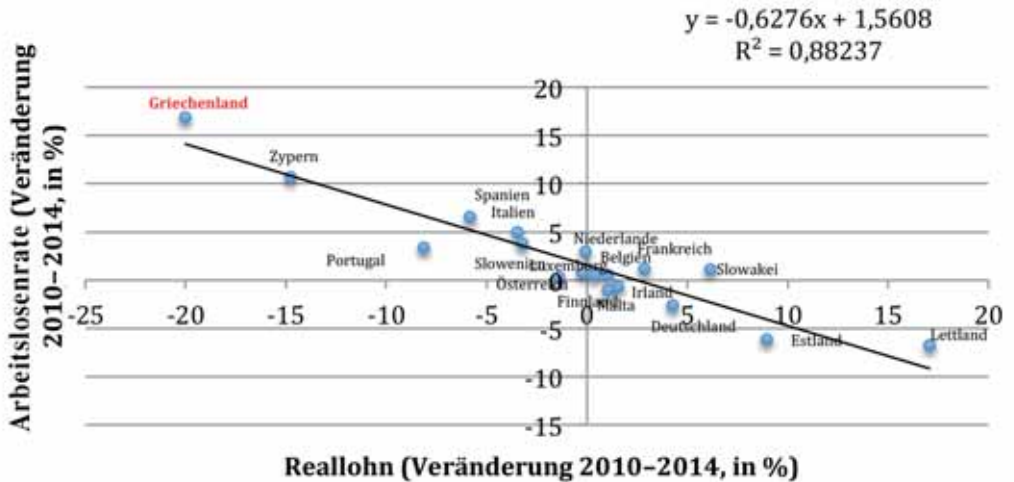
Griechenland hat preisliche Wettbewerbsfähigkeit stark verbessert

Griechenland hat in den letzten Jahren gegenüber dem Rest der EU-15 deutlich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen: Die Lohnstückkosten in Relation zum Rest der EU-15 sanken zwischen 2010 und 2014 um 16,6%; im Vergleich dazu waren es in Spanien -9,6% und in Portugal -6,8%.⁴ Angesichts der drastischen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Griechenland stellt sich die Frage: Wo bleiben angesichts einer bei etwa 25% verharrenden Arbeitslosenrate die angekündigten positiven Effekte der „Reformpolitik“?⁵ Wie ist zu erklären, dass gerade Griechenland, das besonders vorbildlich der vorherrschenden Wettbewerbsorientierung gefolgt ist, seit Jahren in einer sich weiter vertiefenden Krise steckt?

massive Reallohnverluste sind die Folge des Lohnabwärtsdrucks

Abbildung 2 veranschaulicht die empirische Grundlage, um sich einer Beantwortung der Frage annähern zu können. Auf der horizontalen Achse ist die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Reallöhne – berechnet als Veränderung der Nominallöhne, bereinigt um Veränderungen des Verbraucherpreisniveaus – in den Ländern der Eurozone zwischen 2010 und 2014 abgetragen. Die preisbereinigten Löhne sind in den sogenannten Krisenländern Südeuropas massiv gesunken. In Griechenland gingen die Reallöhne um 20% zurück; Portugal (-8,1%) und Spanien (-5,8%) folgen mit einigem Abstand. Der Lohnabwärtsdruck hatte also vor allem in Griechenland massive Reallohnrückgänge zur Folge. Auf der vertikalen Achse von Abbildung 2 sieht man die Veränderung der Arbeitslosenrate zwischen 2010 und 2014 in den Eurozonenländern. Die negativ geneigte Regressionsgerade zeigt, dass für die Eurozonenländer ein enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Reallöhne und der Veränderung der Arbeitslosenrate festzuhalten ist: In den Ländern mit dem intensivsten Lohnabwärtsdruck stieg die Arbeitslosenrate am deutlichsten an; umgekehrt war die Entwicklung der Arbeitslosenrate in jenen Ländern am vorteilhaftesten, wo die Reallöhne sich positiv entwickelten.

Abbildung 2: Reallöhne und Arbeitslosenrate in der Eurozone



Daten: AMECO (5.5.2015), Reallohn: Nominale Entlohnung pro ArbeitnehmerIn (Gesamtwirtschaft), deflationiert mit dem HVPI; eigene Berechnungen.

6. Die falsche neoklassische Beschäftigungsdiagnose am Beispiel Griechenland

Dieser empirische Zusammenhang steht in offenem Widerspruch zu den offiziellen Erwartungen der Troika und konservativer PolitikerInnen. Diese tragen seit Jahren – unbeeindruckt von der empirischen Evidenz – Maßnahmenempfehlungen vor, denen die Annahme zugrunde liegt, dass „Strukturreformen“, die Lohnsenkungen erleichtern, sich positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken würden. Unter den ÖkonomInnen und in den Führungsetagen der Gläubiger-Institutionen dominiert unverändert eine neoklassische Sichtweise auf die Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Im einfachen neoklassischen Arbeitsmarktmodell wird der Arbeitsmarkt behandelt, als gäbe es keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Arbeitskräften und Gütern: Der Preis – im Falle des Arbeitsmarktes ist das der Reallohn – bringt in neoklassischer Denkweise das Arbeitsangebot der Haushalte und die Arbeitsnachfrage der Unternehmen ins Gleichgewicht. Bei dem dadurch resultierenden Gleichgewichtslohn würden – unter der Annahme vollkommener Konkurrenz, was perfekt funktionierende Märkte impliziert – alle Arbeitskräfte eine Beschäftigung finden, die zu diesem Lohn arbeiten wollen (z.B. Flassbeck, 1998; Franz, 2013).

neoklassische Beschäftigungsdiagnose: zu hohe Reallöhne seien für Arbeitslosigkeit verantwortlich

Wenn Arbeitslosigkeit besteht, muss im neoklassischen Denken der Reallohn sinken; denn dann steige die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit und damit auch die Beschäftigung. Die Diagnose läuft also stets darauf hinaus, dass Arbeitslosigkeit auf zu hohe Reallöhne zurückzuführen sei. In der neoklassischen Denkweise muss Beschäftigungspolitik deshalb auf eine „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte abzielen, was nichts anderes als die Schwächung von Arbeitsmarktinstitutionen bedeutet, die Lohnuntergrenzen zu setzen imstande sind. All dem liegt die falsche Vorstellung zugrunde, dass die freien Marktkräfte für Vollbeschäftigung sorgen würden, wenn man ihre Funktionsweise nicht durch Interventionen stört: Eingriffe in den Marktmechanismus – etwa durch das staatliche Festsetzen von Mindestlöhnen oder durch gewerkschaftliches Handeln – würden die Arbeitsnachfrage der Unternehmen nach unten drücken und so zu sinkender Beschäftigung führen.

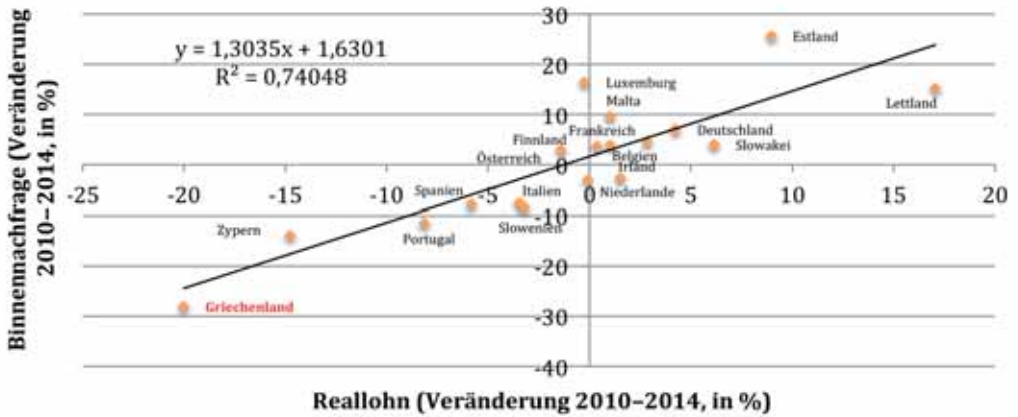
*neoklassische
Arbeitsmarkt-
theorie ist falsch*

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben abermals deutlich gemacht, dass die neoklassische Arbeitsmarkttheorie falsch ist: Zwischen 2010 und 2014 gingen Reallohnreduktionen nicht mit sinkender, sondern mit steigender Arbeitslosigkeit einher (siehe Abbildung 2).

7. Bedeutung der Löhne für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Doch wie lässt sich der Zusammenhang zwischen Reallöhnen und Arbeitslosigkeit gesamtwirtschaftlich erklären? Abbildung 3 zeigt die enge Beziehung zwischen der Entwicklung der Reallohne und der Binnennachfrage in den Eurozonenländern zwischen 2010 und 2014. Die positiv geneigte Regressionsgerade veranschaulicht, dass in jenen Ländern, in denen der größte Lohnabwärtsdruck zu verzeichnen war, auch die Binnennachfrage am stärksten zurückging; allen voran in Griechenland, wo die Nachfrage um 28% einbrach, während die Löhne um 20% sanken. Umgekehrt war die Entwicklung der Binnennachfrage in jenen Eurozonenländern erkennbar vorteilhafter, in denen sich die Reallöhne besser entwickelten.

Abbildung 3: Reallohn und Binnennachfrage in der Eurozone



Daten: AMECO (5.5.2015), Reallohn: Nominale Entlohnung pro ArbeitnehmerIn (Gesamtwirtschaft), deflationiert mit dem HVP1, Binnennachfrage inklusive Bestandsveränderungen zu konstanten Preisen; eigene Berechnungen.

Aufgrund des Einbruchs der Binnennachfrage gingen die griechischen Importe massiv zurück, was auch zu einer enormen Anpassung des Leistungsbilanzsaldos führte, der 2009 noch ein Defizit von -13,3% des BIP ausgewiesen hatte, 2014 jedoch nur noch bei -2,2% lag.⁶ Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen trugen allerdings sehr viel weniger zu dieser Entwicklung bei, als die Troika in ihren Prognosen erwartet hatte (z.B. Böwer et al., 2014; Sapir et al., 2014). Die starke Anpassung der Leistungsbilanzsalden ist vielmehr in erster Linie ein Nebenprodukt der Krise, und damit auch nicht als Erfolg der inneren Abwertung zu verbuchen.

Lohnkürzungen führten zu Nachfrageeinbrüchen

Die Lohnkürzungen und der Einbruch der Binnennachfrage haben außerdem zur Folge, dass die Verbraucherpreisinflation in Griechenland seit März 2013 durchgehend negativ ist.⁷ Die deflationäre Entwicklung erhöht den realen Schuldenwert – nominal fixierte Schulden müssen mit einem real sinkenden Eurowert bedient werden – und konterkariert den Versuch, die Verschuldung abzubauen (Mazzolini, Mody, 2014). Als Konsequenz der verheerenden wirtschaftlichen Entwicklung stieg die griechische Staatsschuldenquote trotz drastischer Budgetkonsolidierungsmaßnahmen zwischen 2010 und 2014 von 146,0% auf 177,1% des Bruttoinlandsproduktes an – was nicht überrascht, wenn

Deflation erhöht reale Schuldenlast

man sich vor Augen führt, dass das preisbereinigte griechische Bruttoinlandsprodukt als Folge der Kürzungspolitik im betrachteten Zeitraum um 22% eingebrochen ist.⁸

*sinkende Real-
löhne drücken
Konsumaus-
gaben und
Binnennachfrage
nach unten*

Theoretische Einsichten in die negativen gesamtwirtschaftlichen Effekte des Lohnabwärtsdrucks, der durch die innere Abwertung gezielt ausgeübt wird, können unter anderem aus dem Werk des polnischen Ökonomen Michal Kalecki gewonnen werden.⁹ Dieser wies darauf hin, dass zwar einzelne Unternehmen ihre Profite steigern können, wenn sie ihre Lohnkosten durch Lohnkürzungen reduzieren – allerdings nur, wenn man voraussetzt, dass die anderen Unternehmen nicht dasselbe versuchen. Denn sobald alle Unternehmen die Löhne gesenkt und, indem sie ihre Preise konstant halten, ihre Gewinnmarge erhöht haben, werden sie nur noch weniger Güter verkaufen: „One of the main features of the capitalist system is the fact that what is to the advantage of a single entrepreneur does not necessarily benefit all entrepreneurs as a class.“ (Kalecki, 1971, S. 26) Während sinkende Reallöhne für einige griechische Unternehmen mit höheren Gewinnmargen einhergegangen sein mögen, führte der Lohnabwärtsdruck jedoch zu einem drastischen Rückgang der aggregierten Nachfrage. Anhand von theoretischen Zusammenhängen sind die negativen Wachstumseffekte von sinkenden Reallöhnen damit zu erklären, dass die von den Lohnkürzungen betroffenen ArbeiterInnen eine höhere marginale Konsumneigung haben als jene, die höhere Profite einstreichen. Das bedeutet, dass die von den Lohnkürzungen Betroffenen einen besonders großen Anteil von jeder zusätzlichen Einheit Einkommen konsumieren. Folglich senken Reallohnverluste die Konsumausgaben, die vom Einkommen abhängig sind, und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (vgl. Lavoie, 2009, S. 91ff.). In der (post-)keynesianischen Theorie sinken in einer Situation geringer Nachfrage und hoher Unsicherheit über die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten die Ertragserwartungen der Unternehmen, die ihre Produktionspläne nach unten hin anpassen, weniger Investitionen tätigen und damit auch weniger Arbeit nachfragen, woraufhin die Produktion zurückgeht und die Arbeitslosigkeit steigt (vgl. Stockhammer, 2009, S. 22f.).

Der gezielt ausgeübte Lohnabwärtsdruck – vorangetrieben durch eine innere Abwertung, die auf Maßnahmen wie die Deregulie-

rung der Arbeitsmärkte und die Kürzung von Sozialausgaben setzt – verstärkte also nachfrageseitig die negativen gesamtwirtschaftlichen Kreislaufeffekte, was im Falle Griechenlands aufgrund der im europäischen Vergleich mit Abstand radikalsten Lohnkürzungen eine Verschärfung der Krise verursachte.

„Strukturreformen“ verschlimmerten die Krise

8. Schlussfolgerungen

Vor dem Hintergrund der Großen Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre kritisierte John Maynard Keynes seine neoklassischen Ökonomen-KollegInnen dafür, dass diese „offenbar von der mangelnden Übereinstimmung zwischen den Folgerungen ihrer Theorie und den Erfahrungstatsachen unberührt [sind] – eine Diskrepanz, die dem gewöhnlichen Manne nicht entging, mit der Folge, dass er den Ökonomen mehr und mehr die Achtung verweigert, die er anderen Gelehrten zollt, deren theoretische Folgerungen durch die Beobachtung bestätigt werden, wenn sie an der Empirie gemessen werden.“ (Keynes, [1936] 2009, S. 28) Für die neoklassisch denkenden Mainstream-ÖkonomInnen und EntscheidungsträgerInnen, die in Diensten der Troika stehen, muss heute die gleiche Kritik gelten. Denn trotz der klaren empirischen Evidenz gegen die neoklassische Sichtweise auf das Problem der Massenarbeitslosigkeit bleibt diese weiterhin prägend für das Denken eines Großteils der handelnden Personen in Organisationen wie der Europäischen Kommission, dem IWF und der EZB. Die Diagnose, dass das Beschäftigungsproblem in Griechenland und anderen europäischen Ländern auf zu hohe Löhne und „rigide Arbeitsmärkte“ zurückzuführen sei, ist zudem auf wundersame Weise mit dem Weltbild von vorgeblich ideologiefrei agierenden PolitikerInnen und TechnokratInnen kompatibel, deren wirtschaftspolitische Empfehlungen in Sachen Beschäftigungspolitik – unabhängig von den wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen – stets auf eine „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte zielen, um Lohnsenkungen zu erleichtern und die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Die Beharrungskräfte dieser Denkweise konnten auch durch eine neuerlich eindeutige empirische Widerlegung der neoklassischen Beschäftigungstheorie in den Jahren seit 2010 nicht gebrochen werden.

Kritik an dominanter neoklassischer Denkweise nötig

Solange jedoch ein Denken vorherrscht, das die Bedeutung der Löhne für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Bedeutung

Bedeutung der Löhne für gesamtwirtschaftliche Nachfrage vernachlässigt

der Nachfrage für die Bestimmung von Produktion und Beschäftigung ignoriert, wird die europäische Wirtschaftspolitik weiter scheitern, wenn es darum geht, der Krise entgegenzuwirken und für einen Abbau der Massenarbeitslosigkeit in Griechenland, aber auch in anderen europäischen Ländern zu sorgen. Wer die Zuspitzung der Krise Griechenlands im Speziellen und der Eurozone im Allgemeinen seit 2010 verstehen und sinnvolle wirtschaftspolitische Empfehlungen zu ihrer Überwindung machen will, ist mit einer neoklassischen, angebotsseitigen Denkweise, die hinter den von den Gläubiger-Institutionen weiterhin propagierten Kürzungs- und Arbeitsmarktflexibilisierungsmaßnahmen steht, zum Scheitern verurteilt.

Probleme auf Nachfrageseite

Griechenland und andere europäische Staaten haben natürlich erheblichen Reformbedarf im öffentlichen Sektor. Doch mittel- und langfristig wirksame Strukturreformen – etwa der dringend erforderliche Aufbau eines effizienter funktionierenden Steuer- und Justizsystems – können die griechische Wirtschaft kurzfristig nicht stabilisieren, weil die Probleme, welche die Wirtschaft in den letzten Jahren immer weiter in den Abgrund gezogen haben, schlicht auf der Nachfrageseite liegen.

Die Gläubiger-VertreterInnen der Eurozone und des IWF haben bislang jedoch kein Interesse daran gezeigt, der von Alexis Tsipras geführten griechischen Regierung die Möglichkeit einzuräumen, echte Reformen des Staates und der Wirtschaft umzusetzen, um bestehende Ineffizienzen und Korruption an der Wurzel zu bekämpfen. Die Troika beharrt vielmehr auf ihrer sehr spezifischen Vorstellung von „Strukturreformen“ nach dem altbekannten Muster der letzten Jahre, die hauptsächlich eine neue Runde von sozialen Kürzungsmaßnahmen und Arbeitsmarktderegulierung bedeuten würden, um weitere Lohnsenkungen zu ermöglichen. Diese Maßnahmen sind aber nicht nur ungeeignet, um der griechischen Krise entgegenzuwirken, sondern kontraproduktiv, weil die dadurch verursachten Lohnverluste die Einkommen senken, was den Rückgang der Konsumausgaben und der Binnennachfrage befeuert. Eine notwendige Voraussetzung für einen Ausweg aus der griechischen Krise liegt deshalb nicht zuletzt darin, dass die handelnden Personen der Troika den Zusammenhang zwischen „Strukturreformen“, die Lohnabwärtsdruck verursachen, und der katastrophalen Entwicklung der Binnennachfrage und

der Wirtschaftsleistung in Griechenland erkennen müssten. Notwendig wäre eine Politik zur Stabilisierung und Anregung der Konsum- und Investitionsnachfrage. Damit die griechische Wirtschaft zur nachhaltigen Erholung ansetzen kann, müsste die seit Jahren ausgeübte Strangulierung der Binnennachfrage durch fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen und Lohnkürzungen gelöst werden. Nur so kann, im Zusammenhang mit einer Schuldenrestrukturierung, auch eine Wiederherstellung der Tragfähigkeit der griechischen Staatsschulden gelingen. Denn um die Arbeitslosigkeit in Griechenland abzubauen zu können, ist eine entsprechend hohe gesamtwirtschaftliche Nachfrage erforderlich. Eine Politik, die auf die weitere Senkung von Löhnen und Preisen setzt, ist der falsche Weg. Dieser Artikel hat gezeigt, dass die Annahme, dadurch würde zusätzliches Angebot entstehen, falsch ist. Die griechische Wirtschaft steckt in einer Situation massiver volkswirtschaftlicher Unterauslastung fest, die sehr hohe unfreiwillige Arbeitslosigkeit verursacht. Es gibt keinen wirtschaftlichen Selbstheilungsmechanismus, der über flexible Löhne und Preise die Wirtschaft wieder zu Vollbeschäftigung heranführen würde. Deshalb bedarf es eines defizitfinanzierten Programmes, geplant von den europäischen Partnern in Zusammenarbeit mit der griechischen Regierung, um die griechische Wirtschaft kurzfristig durch Investitionen zu beleben. Parallel dazu sollte es um „echte“ Reformen gehen – nicht um weitere soziale Kürzungsmaßnahmen unter dem ideologischen Deckmantel von „Strukturreformen“ –, um das griechische Steuer- und Justizsystem so umzugestalten, dass Steuerbetrug und Korruption wirkungsvoll bekämpft werden können.

Politik zur Anregung von Konsum- und Investitionsnachfrage

Investitionsprogramm für Griechenland

Anmerkungen

1. Das erste griechische Anpassungsprogramm wurde im Mai 2010 vereinbart (Europäische Kommission, 2010). Im März 2012 kam es zum Abschluss eines zweiten Pakets (Europäische Kommission, 2012b).
2. Daten: ECB Data Warehouse (Download am 7.8.2015); eigene Berechnungen. Die ausgewerteten Zahlen definieren den öffentlichen Sektor als öffentliche Verwaltung und Verteidigung, inklusive verpflichtende Sozialversicherung, Bildung, Gesundheit und Sozialarbeitsaktivität. Zahlen für das Jahr 2014 sind noch nicht verfügbar.
3. Daten: AMECO (Stand: 5.5.2015); eigene Berechnungen.
4. Die von der Europäischen Kommission bereitgestellten Daten sind abrufbar unter http://ec.europa.eu/economy_finance/ameco/user/serie/SelectSerie.cfm [zuletzt abgerufen am 9.8. 2015].
5. Die griechische Arbeitslosenrate lag laut den letzten verfügbaren Eurostat-Daten (Download am 7.8.2015) im Mai 2015 bei 25,0%.
6. Daten: AMECO (Stand: 5.5.2015).

7. Im Juni 2015, dem Monat mit den zuletzt verfügbaren Daten, lag die Inflationsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex in Griechenland bei -1,1%. Daten: Eurostat (Download am 7.8.2015).
8. Daten: AMECO (Stand: 5.5. 2015); eigene Berechnungen.
9. Kalecki lebte von 1899 bis 1970 und gilt in der post-keynesianischen Theorie als wichtiger Begründer des Prinzips der effektiven Nachfrage, demzufolge Produktion und Beschäftigung über die Nachfrageseite bestimmt werden (siehe Lavoie 2009, S. 1ff.).

Literatur

- Böwer, Uwe; Michou, Vasiliki; Ungerer, Christoph (2014): The Puzzle of the Missing Greek Exports, *European Economy – Economic Papers No. 518*
- Canton, Erik; Grilo, Isabel; Monteagudo, Josefina; Pierini, Fabiana; Turrini, Alessandro (2014): The Role of Structural Reform for Adjustment and Growth, *Ecfm Economic Brief No. 34*
- DeGrauwe, Paul (2012): The Governance of a Fragile Eurozone, *Australian Economic Review*, Vol. 45, No. 3, S. 255-268
- DeGrauwe, Paul; Ji, Yumei (2013): From Panic-Driven Austerity to Symmetric Macroeconomic Policies in the Eurozone, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 51, S. 31-41
- Europäische Kommission (2010): The Economic Adjustment Programme for Greece, *European Economy – Occasional Papers No. 61*
- Europäische Kommission (2011a): Internal devaluation and external imbalances: a model-based analysis, *Quarterly Report on the Euro Area 10/3*, S. 22-27
- Europäische Kommission (2011b): A Primer on EU/IMF adjustment programmes in the euro area, *Quarterly Report on the Euro Area 10/2*, S. 11-19
- Europäische Kommission (2012a): Alert Mechanism Report 2013, COM (2012) 751 final
- Europäische Kommission (2012b): The Second Economic Adjustment Programme for Greece, *European Economy Occasional Papers No. 94*
- Feigl, Georg; Zuckerstätter, Sepp (2012): Wettbewerbs(des)orientierung, *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 117*
- Flassbeck, Heiner (1998): Reallöhne und Arbeitslosigkeit – Eine einfache empirische Widerlegung der neoklassischen Beschäftigungstheorie, *DIW Diskussionspapier No. 162*
- Flassbeck, Heiner (2015): Portugal und Griechenland haben gar keine mit Deutschland vergleichbaren Produkte ... warum sollten wir da die Löhne erhöhen?, *Flassbeck Economics* am 10.3.2015, <http://www.flassbeck-economics.de/portugal-und-griechenland-haben-gar-keine-mit-deutschland-vergleichbaren-produkte-warum-sollten-wir-da-die-loehne-erhoehen/> [zuletzt abgerufen am 13.8.2015]
- Franz, Wolfgang (2013): *Arbeitsmarktökonomik*, Springer Gabler: Berlin/Heidelberg (8. Auflage)
- Gechert, Sebastian; Rannenberg, Ansgar (2015): The costs of Greece's fiscal consolidation, *IMK Policy Brief*, Revised version June 18th 2015
- Habermas, Jürgen (2014): „Für ein starkes Europa“ – aber was heißt das?, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2014, S. 85-94
- Heimberger, Philipp (2014): „Innere Abwertung“ in Südeuropa: Erwartungen, Ergebnisse und Folgen, *Wirtschaft und Gesellschaft 40/2*, S. 235-262
- Hermann, Christoph (2015): *Strukturelle Reformen in Europa: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft*, Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien (April 2015)
- Hobza, Alexandr; Zeugner, Stefan (2014): The „imbalanced balance“ and its unravelling: current accounts and bilateral financial flows in the euro area, *European Economy – Economic Papers No. 520*
- Kalecki, Michal (1971): *Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy*, Cambridge University Press: Cambridge

- Keynes, John Maynard [1936] (2009): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Übersetzung von Fritz Waeger (11. Auflage), Duncker & Humblot: Berlin
- Krugman, Paul (1994): Competitiveness: A Dangerous Obsession, in: Foreign Affairs 73/2, S. 28-44
- Lavoie, Marc (2009): Introduction to Post-Keynesian Economics, Palgrave MacMillan: New York
- Marzinotto, Benedicita; Sapir, Andre; Wolff, Guntram (2011): What kind of fiscal union?, Bruegel Policy Brief November 2011
- Mazzolini, Giulio; Mody, Ashoka (2014): Austerity Tales: The Netherlands and Italy, Bruegel Blog (3.10.2014), <http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/1449-austerity-tales-the-netherlands-and-italy/> [zuletzt abgerufen am 9.8.2015]
- Müller, Torsten; Schulten, Thorsten (2013): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik, in: Wirtschaft und Gesellschaft 39/3, S. 291-321
- Sapir, Andre; Wolff, Guntram; de Sousa, Carlos; Terzi, Alessia (2014): The Troika and financial assistance in the euro area: successes and failures, Study on the request of the Economic and Monetary Affairs Committee (Februar 2014)
- OECD (2015): Economic Policy Reforms: Going for Growth, Bericht der OECD vom 9.2.2015, <http://www.oecd.org/economy/goingforgrowth.htm#chpts> [zuletzt abgerufen am 7.8.2015]
- Schäuble, Wolfgang (2015): „Bin sehr skeptisch“, Interview des Deutschlandfunks mit dem deutschen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am 16.2.2015, http://www.deutschlandfunk.de/schuldenstreit-mit-griechenland-schaeuble-bin-sehr-skeptisch.694.de.html?dram:article_id=311734 [zuletzt abgerufen am 7.8.2015]
- Stockhammer, Engelbert (2009): Effektive Nachfrage, Einkommensverteilung und Inflation. Postkeynesianische Ansätze zur Makroökonomie, in: Becker, Joachim et al. (Hrsg.): Heterodoxe Ökonomie, Metropolis: Marburg, S. 17-33
- Stockhammer, Engelbert (2011): Peripheral Europe's Debt and German Wages. The Role of Wage Policy in the Euro Area, Research on Money and Finance Discussion Paper No. 29
- Trichet, Jean-Claude (2011): Competitiveness and the smooth functioning of the Economic and Monetary Union, Rede von Jean-Claude Trichet, Präsident der EZB, Lige 23.2.2011, <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2011/html/sp110223.en.html> [zuletzt abgerufen am 10.8.2015]
- Varga, Janos; in't Veld, Jan (2014): The potential growth impact of structural reforms in the EU. A benchmarking exercise, European Economy – Economic Papers No. 541
- Vogel, Lukas (2012): Structural reforms, fiscal consolidation and external rebalancing in monetary union: a model-based analysis, Economic Modelling, Vol. 29, S. 1286–1298

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73 - 28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at